



Pressemitteilung

Landesseniorenvertretung Nordrhein-Westfalen (LSV NRW) nutzte die Wahlkampf-Zeit für eine besondere Werbeaktion in 240 Kommunen

Folgen den Wahlversprechen auch Taten?

Die Landesseniorenvertretung (LSV NRW), die Dachorganisation von derzeit 164 Seniorenvertretungen, hat die anstehenden Kommunalwahlen für eine besondere Werbeaktion genutzt: Sie wandte sich an die Rats-Fraktionen jener 240 Kommunen, die die Chancen einer Seniorenvertretung noch nicht nutzen. Ziel der Aktion: Werbung für mehr Partizipation älterer Menschen dort, wo sie leben.

Jürgen Jentsch, stellvertretender Vorsitzender der LSV: „Mit Hilfe einer unabhängigen und von der Kommune anerkannten Seniorenvertretung kann solch eine Teilhabe älterer Menschen in allen Kommunen verwirklicht werden. Senioren und Seniorinnen wollen und sollen mitwirken, wenn es um ihre Belange geht!“. Denn gerade Seniorenvertretungen könnten Kommunen beim steigenden altenpolitischen Handlungsbedarf entlasten. Ihr Mitwirken ersetzt zwar keine parlamentarischen Entscheidungen, aber Seniorenvertretungen wirken beratend und begleitend an diesen Entscheidungen mit.

Die LSV stellte bei der Bilanz der Aktion gegen Ende des Wahlkampfes erfreut fest, dass immerhin einige der angeschriebenen Fraktionen positiv reagierten und nicht nur Informationen anforderten, sondern auch ihre Bereitschaft zur Wahl einer örtlichen Seniorenvertretung erklärten. „Es bleibt abzuwarten, ob den Wahlversprechen auch Taten folgen“, sagt Jentsch für die LSV das Nachhaken nach den Wahlen zu.

So erfreulich diese Reaktionen waren, so enttäuschend waren andere, altbekannte Antworten: „...wir sind selbst alt genug und brauchen keine Seniorenvertretung...“, oder aber „...wir können das nicht finanzieren...“. Die Landesseniorenvertretung interpretiert dies so, dass das Bewusstsein für den Qualitätsgewinn unabhängiger Partizipation dort offenbar noch nicht angekommen ist. Dabei besteht gerade im Politikfeld Alter großer Handlungsbedarf, bei dem Seniorenvertretungen vergleichsweise sehr geringe Kosten verursachen.

Bei aller Freude über die eingegangenen Reaktionen: Aus rund drei Vierteln der Kommunen kam keinerlei Rückmeldung! Gerade dies verdeutliche, so Jürgen Jentsch, dass die

Regierungsfraktionen und die Landesregierung die Seniorenvertretungen verpflichtend in der Gemeindeordnung verankern müssten.

Ziel der Landesseniorenvertretung – und darin weiß sie sich mit dem Landtag, der Landesregierung und den kommunalen Spitzenverbänden einig - ist es, eine Politik zu installieren, die ältere Menschen nicht ausgrenzt, sondern auf deren Lebenserfahrung und Kompetenz setzt. Eine Politik, die vor allem mit den Menschen statt allein für sie wirkt.

Gaby Schnell
Vorsitzende der LSV NRW e. V.

Für die Redaktionen:

Weitere Einzelheiten finden Sie auf der Internetseite oder über die Geschäftsstelle.